

**KONZEPT**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
LANDTAG BAYERN



---

# FACHKRÄFTE BEDARF

---

für Bayern sichern



# FACHKRÄFTEBEDARF

## FÜR BAYERN SICHERN

### INHALT

<b>I. Zusammenfassung</b>	3
<b>II. Aktuelle Situation: Verschärfter Fachkräftemangel</b>	4
<b>III. Unsere Zielsetzung: Sicherung des Fachkräftebedarfs</b>	5
<b>IV. Unser Weg: Maßnahmen für mehr Fachkräfte in Bayern</b>	7
<b>1. Qualifizierten Nachwuchs sichern</b>	7
<b>a) Attraktive und einladende Schulen</b>	7
<b>b) Zahl der Schul- und Studienabbrecher*innen senken</b>	8
<b>c) Übergang Schule Beruf verbessern</b>	9
<b>d) Duale Ausbildung stärken</b>	9
<b>e) Hochschulausbildung finanziell sichern und Durchlässigkeit erhöhen</b>	10
<b>f) Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen</b>	11
<b>g) Teilzeitausbildungen ermöglichen</b>	11
<b>h) Jugendberufsagenturen stärken</b>	12
<b>2. Inländische Erwerbspersonen stärken</b>	12
<b>a) Weiterbildungsangebote verbessern und Zertifizierung ausbauen</b>	12
<b>b) Ortsnahe Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen schaffen</b>	13
<b>c) Bayerischen Arbeitsmarktfonds weiterentwickeln</b>	13
<b>d) Niedrigschwellige Beratung ausbauen</b>	13
<b>e) Langzeitarbeitslose aktivieren</b>	14
<b>f) Betriebliches Gesundheitsmanagement ausbauen</b>	14
<b>g) Erwerbsbeteiligung erhöhen</b>	15
<b>h) Bezahlbaren Wohnraum schaffen</b>	16
<b>3. Internationale Fachkräfte gewinnen</b>	17
<b>a) Geflüchtete Menschen besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren</b>	17
<b>b) Anerkennung von internationalen Abschlüssen verbessern</b>	18
<b>c) Zuwanderung erleichtern</b>	18
<b>d) Bleibeperspektive für Zugewanderte in Bayern und Deutschland</b>	18
<b>e) Regionale Beratungsstellen zur Fachkräftegewinnung schaffen</b>	18

## I. Zusammenfassung

Der Fachkräftemangel ist inzwischen in fast allen Branchen angekommen. Die Corona-Pandemie hat die Situation in einigen Branchen wie Gastronomie und Hotellerie, Pflege und Betreuung noch verschärft. Auch viele Teile des Handwerks suchen verzweifelt nach Auszubildenden und qualifizierten Mitarbeiter\*innen. Das Problem zeichnet sich schon seit vielen Jahren ab und kann nur mit einem breiten Maßnahmenbündel angegangen werden.

Wir müssen dabei in drei Bereichen ansetzen. Das ist einmal der ganze Bereich der Bildung von der Frühkindlichen Bildung über die Schulen hin zu Beruf- und Hochschulen. Der zweite Bereich richtet seinen Fokus auf die Aktivierung der vorhandenen Erwerbspersonenpotentials. Hier müssen wir die Weiterbildung ausbauen, für besser Kinderbetreuung und Unterstützung bei der häuslichen Pflege ansetzen, um mehr Vollzeitarbeit zu ermöglichen. Maßnahmen müssen darüber hinaus für Langzeitarbeitslose ausgebaut und den Eintritt in die Rente möglichst flexibel gestaltet werden. Aber auch fehlender Wohnraum vor allem in den Ballungsräumen kann den Fachkräftemangel noch verstärken. Der dritte Bereich befasst sich mit internationalen Fachkräften, denn trotz aller Maßnahmen werden wir unseren Bedarf an qualifiziertem Personal nur mit deutlich mehr Zuwanderung decken können.

Dafür müssen vielfältige Schritte unternommen werden, um Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Wir sorgen für eine unkomplizierte Aufenthaltsgenehmigung und Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und schaffen gleichzeitig ein Umfeld, damit Menschen auch dauerhaft in Bayern leben und arbeiten wollen.

### Unser Maßnahmenpaket im Überblick:

- Eine Schule für alle durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen und einer 110-prozentigen Lehrkräfteversorgung
- Zahl der Schul- und Studienabbrecher\*innen senken durch frühkindliche Bildung möglichst für alle Kinder mit Migrationsgeschichte, Sprachförderung in der Kita und Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, mehr Vorpraktika, Beratung, Begleitung und Kontrolle für Erstsemesterstudierende
- Übergang Schule-Beruf verbessern durch mehr berufsorientierende Praktika und Vermittlung des breiten Spektrums beruflicher Tätigkeiten
- Duale Ausbildung stärken durch besser Ausstattung und Fortbildung in beruflichen Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Hochschulausbildung finanziell sichern und Durchlässigkeit erhöhen durch Aufwertung der Lehre und Unterstützungsangebote für Studierende ohne klassischen Hochschulzugang und aus Nicht-Akademiker\*innenfamilien
- Ausbildungsgarantie für alle Jugendliche in Form von verbindlichen Angeboten für betriebsnahe Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Ausbau von Teilzeitausbildungen in Bayern
- Jugendberufsagenturen und Berufsberater\*innen stärken
- Weiterbildungsangebote verbessern durch ein Recht auf Bildungsfreistellung, einem Aufstiegs-Bafög und einer Bildungs(teil)zeit
- Bildungsagenturen ausweiten durch Vernetzung der Bundesagentur für Arbeit mit regionalen Akteur\*innen und einheitliche Anlaufstellen

- Bayerischen Arbeitsmarktfonds weiterentwickeln und für langfristige Fördermaßnahmen nutzen
- Niederschwellige Beratung ausbauen durch Einrichtung von regionalen Erwerbslosenberatungszentren
- Aktivierung von Langzeitarbeitslosen durch Stärkung von Weiterbildung und Qualifizierung und einer Weiterentwicklung und Entfristung des Teilhabechancengesetz
- Gesundheitsmanagement vor allen in KMU ausbauen durch mehr zielgruppendifferenzierte Informations- und Sensibilisierungskampagnen und Best-Practice-Beispiele
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung durch mehr Kitaplätze und Unterstützung von Pflegenden sowie Ausbau von Reha-Maßnahmen für Ältere und mehr Flexi-Rente
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen durch eine passgenaue und gut ausgestattete Wohnraumförderung und mehr genossenschaftliches Wohnen
- Bessere Integration geflüchteter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt durch Aufheben von Arbeitsverboten, Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechts und der Entfristung der Beschäftigungsduldung
- Bessere Anerkennung von internationalen Abschlüssen durch Abbau von Bürokratie und Beschleunigung von Verfahren
- Zuwanderung erleichtern durch Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems und eine Beschleunigung der Visavergabe
- Bleibeperspektive für internationale Fachkräfte durch ein garantiertes Bleiberecht nach der Ausbildung und mehr Werben um internationale Absolvent\*innen von deutschen Hochschulen
- Regionale Beratungsstellen in Form von „One-Stop-Shops“ zur Beratung von Unternehmen und internationalen Arbeitskräften

## II. Aktuelle Situation: Verschärfter Fachkräftemangel

Das Thema Fachkräftemangel ist nicht neu: Schon vor mehr als zehn Jahren haben Vertreter\*innen der bayerischen Wirtschaft darauf aufmerksam gemacht, dass die Arbeitskräftelücke nicht nur in den Bereichen der Pflege und Betreuung immer größer wird, wenn nicht die richtigen Weichen gestellt werden. Leider sind diese Mahnungen nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Seit Jahren werden die Probleme in der Bildung nicht angegangen, kaum in Weiterbildung von Beschäftigten investiert, Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte blockiert und hier schutzsuchenden Menschen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt.

Laut BIHK fehlen der bayerischen Wirtschaft aktuelle knapp 230.000 Fachkräfte, davon fast 200.000 beruflich qualifizierte. Bei der aktuellen Konjunkturumfrage sehen 63% der Unternehmen im Fachkräftemangel die größte Herausforderung noch vor dem Thema Energie. In der Studie „Arbeitslandschaft Bayern“ aus dem Januar 2022 für den Verband der Bayerischen Wirtschaft wird prognostiziert, dass beispielsweise im Bereich Erziehung und soziale sowie hauswirtschaftliche Berufe und in den Schutz-, Sicherheits-, und Überwachungsberufen je Jahr von 2020 bis 2035 das Angebot an Arbeitskräften um 1% sinkt. Das Angebot an Führer\*innen von Fahrzeug- und Transportgeräten sowie Arbeitskräften in Reinigungsberufen sinkt im genannten Zeitraum um fast 3%. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Schulabgänger\*innen kontinuierlich. Laut BIHK stehen 140.000 Schulabgänger\*innen jährlich 200.000 Menschen gegenüber, die aus dem Berufsleben ausscheiden.

Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit konnten in Bayern im Jahr 2021 über 15.000 Lehrstellen nicht besetzt werden. Damit der Wirtschaftsstandort Bayern dauerhaft erfolgreich bleibt, braucht es ein Maßnahmenpaket aus besserer Bildung und Ausbildung, mehr Aktivierung des vorhandenen Erwerbspersonenpotentials durch Weiterbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf und deutlich mehr Zuwanderung von internationalen Fachkräften.

### **III. Unsere Zielsetzung: Sicherung des Fachkräftebedarfs**

Ziel grüner Arbeitsmarktpolitik ist es an den unterschiedlichen Fähigkeiten und Qualifikationen von Menschen anzuknüpfen und damit der Abkoppelung von Teilen der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die Integration und Durchlässigkeit statt Ausgrenzung fördern.

Zur Bewältigung des Fachkräftemangels genügt es nicht, auf ein einzelnes Instrument zu setzen. Angesichts der demografischen Entwicklung und des daraus resultierenden Rückgangs an Arbeitskräften sowie der deutlichen regionalen Disparitäten im bayerischen Arbeitsmarkt müssen ein kluger Mix aus Bildung, Qualifizierung, Aktivierung zurzeit nicht genutzter Fachkräftepotenziale sowie die Neuregelung der Arbeitskräfteeinwanderung auf den Weg gebracht werden.

Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses müssen wir dringend unsere Bildungslandschaft in Bayern verändern.

Um allen Kindern und insbesondere denen aus bildungsfernen Familien einen optimalen Start zu ermöglichen, ist es notwendig, die frühkindliche Bildung zu stärken. Wir müssen es schaffen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen und für ihre berufliche Zukunft gut gerüstet sind. Schulen müssen in der Lage sein, alle Kinder unabhängig von kulturellem oder sozialem Hintergrund zu fördern. Für Migrant\*innen sollen schulische Angebote als ständige Aufgabe des bayerischen Bildungssystems verankert werden.

Wir brauchen eine gute und individuelle Betreuung sowie bessere Bedingungen für Spracherziehung und Integration. Schulen sind das Sprungbrett für die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen ein System, das leistungsorientiert und sozial gerecht ist, damit Schüler\*innen und Lehrer\*innen gerne zur Schule gehen. In unserer Schule stehen das Kind und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt. Zusätzlich muss das bayerische Bildungswesen fit gemacht werden für die Einwanderungsgesellschaft, die längst Realität ist.

Dabei ist es essenziell, dass alle Schulformen und -abschlüsse die gleiche Form von Respekt verdienen und junge Menschen, egal welche Form des Abschlusses sie erreicht haben, stets eine Perspektive für eine Ausbildung erhalten.

Unser Ziel ist es, alle Jugendlichen entsprechend ihren Fähigkeiten bestmöglich beim Berufseinstieg zu unterstützen, denn der Einstieg in die Berufsausbildung und deren erfolgreicher Abschluss sind einer der vielversprechendsten Wege aus der Armut nicht, nur für junge Menschen. Zugleich sind bedarfsgerecht ausgebildete Nachwuchskräfte ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel in Bayern.

Die duale Ausbildung ist neben der Hochschulausbildung einer der Grundpfeiler der bayerischen Fachkräftesicherung. Die dringend benötigte sozialökologische Transformation unserer Wirtschaft funktioniert nur, wenn wir genügend Menschen haben, die beispielsweise Handwerksberufe erlernen

oder in den sozialen Berufen tätig sind. Die Berufliche Ausbildung muss daher deutlich gestärkt werden. Dafür ist unabdingbar, dass Ausbildungsberufe mit der Zeit gehen und Modernisierung und Entwicklung von Ausbildungsberufen flexibler und zeitnaher stattfindet. Und auch die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden: Die technische Ausstattung in den beruflichen Schulen muss ähnlich sein wie in den Betrieben und die Versorgung mit ausreichenden Lehrkräften sichergestellt werden. Ziel muss es auch sein, mehr kleine und mittelständische Unternehmen darin zu unterstützen, selbst junge Menschen auszubilden und sie dazu zu befähigen, diese Menschen auch nach der Ausbildung zu halten. Nur so schaffen wir es einen stabilen Mittelstand in Bayern zu sichern und auf zukunftsfeste Beine zu stellen.

Neben den beruflichen Schulen müssen wir auch die Hochschulen wesentlich besser ausstatten. Dafür brauchen die Hochschulen eine solide Grundfinanzierung durch den Freistaat, damit sie ihren Aufgaben in Studium und Lehre nachkommen können. Mindestens ebenso wichtig sind breite Beratungs- und Unterstützungsangebote für Studierende ohne den klassischen Hochschulzugang und aus Nicht-Akademikerfamilien. Das entsprechende Angebot gilt es deutlich auszubauen und zu fördern.

Die Studienabbrecher\*innenquote muss gesenkt werden und Jugendliche eine zweite Chance bekommen, z.B. auch im Rahmen einer dualen Ausbildung. Der Übergang zwischen Schule und Berufsleben muss entscheidend verbessert werden. Dabei sollen Schüler\*innen auf ihrem Weg zum Abschluss individuell und kontinuierlich bei ihrer Berufswahl begleitet werden. Berufsorientierung soll dazu beitragen, dass alle Jugendlichen jedweden Geschlechts ihre Talente und Interessen entwickeln, erkennen und nutzen können.

Wenn die Jugendlichen erfolgreich ihren Weg ins Berufsleben gefunden haben, müssen auch die Bedingungen für die Teilnahme an einem erfolgreichen Erwerbsleben geschaffen werden. Hierfür brauchen wir in Zeiten des digitalen und demografischen Wandels eine gezielte Weiterbildungsstrategie, um unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele zu erreichen. Dafür wollen wir den Weg ebnen und die Möglichkeiten für berufliche Neuorientierung, Aus- und Weiterbildung – auch in Teilzeit verbessern. Die Instrumente der Bildungspolitik und der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen dazu mehr aufeinander abgestimmt werden. Niedrigschwellige Beratungsangebote müssen ausgebaut werden und die finanzielle Förderung von erfolgreichen Projekten am Arbeitsmarkt verstetigt werden.

Um ältere Arbeitnehmer\*innen länger im Arbeitsprozess zu halten, müssen die Arbeitsbedingungen altersgerechter gestaltet, der betriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Bekämpfung von Altersdiskriminierung erheblich ausgebaut und verbessert werden. Ältere müssen darüber hinaus intensiv an Weiterbildungen oder Umschulungen beteiligt werden.

Neben der ständigen Weiterbildung von Beschäftigten braucht es aber auch andere gute Rahmenbedingungen wie z.B. die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Voraussetzung hierfür sind ausreichend bedarfsgerechte, hochqualitative Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unterschiedlichen Alters und das nicht nur Menschen, die bereits im Erwerbsleben stehen, sondern auch für Arbeitssuchende und Arbeitslose, damit diese dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können.

Auch pflegende Angehörige brauchen mehr Unterstützung und Entlastung, vor allem weil auch hier die Frauen die Hauptlast tragen. Zwei Drittel der pflegenden Angehörigen sind immer noch Frauen. Die Pflege darf aber nicht zur Karrierebremse, zum Ausstieg aus dem Beruf, zu sozialer Vereinsamung, Altersarmut oder physischen und psychischen Belastungen führen.

Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist ein zentrales gleichstellungspolitisches Ziel, für das wir uns einsetzen.

Und letztlich mangelt es in Bayern an Wohnraum – vor allem in Städten und Ballungsräumen. Inzwischen scheitert die Aufnahme eines neuen Jobs, eines Studiums oder einer Ausbildung vor allem in den wirtschaftlich starken Regionen – aber nicht nur dort – auch daran, eine geeignete Wohnung zu finden. Die staatliche Wohnraumförderung sehen wir als Königsweg, mit dem langfristig ein hochwertiger bezahlbarer Mietwohnungsbestand geschaffen werden kann.

Trotz aller Bemühungen wird das inländische Erwerbspersonenpotential nicht mehr ausreichen, den Fachkräftebedarf zu decken. In weiten Teilen der Betreuungen, Pflege oder im Handwerk und Tourismus ist die Lücke heute schon eklatant. Menschen mit Migrationsgeschichte sind ein wichtiges Potenzial an qualifizierten und an zu qualifizierenden künftigen Fachkräften, auf die Bayern unter demografischen Aspekten und zur Stabilisierung der Wirtschaftskraft nicht verzichten kann. Bereits in Bayern lebende Geflüchtete und Geduldete und ihre Arbeitgeber\*innen müssen mehr Rechtssicherheit haben. Außerdem brauchen wir ein schnelleres und unbürokratisches Verfahren zur Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen aus den EU-Mitgliedsstaaten und dem außereuropäischen Ausland.

Deutschland und Bayern brauchen mehr Arbeitskräfteeinwanderung. Menschen, die nach Deutschland einwandern, in die Gesellschaft und in Arbeit zu integrieren, wird eine der wichtigsten Investitionen für die Zukunft sein. Es reicht aber nicht aus nur auf die Zahlen zur Zuwanderung zu schauen, wir müssen auch ein Auge darauf haben, welche und wie viele Menschen Deutschland wieder verlassen, denn nur positive Migrationssalden können dauerhaft einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

## **IV. Unser Weg: Maßnahmen für mehr Fachkräfte in Bayern**

### **1. Qualifizierten Nachwuchs sichern**

#### **a) Attraktive und einladende Schulen**

Kinder sind neugierig; vom ersten Tag an. Sie wollen lernen und entdecken. Je besser sie dabei von Anfang an unterstützt werden, umso stärker ist ihr Start ins Leben. Deshalb wollen wir die Schule verbessern. Durch ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen erhalten Kinder mehr Zeit fürs Lernen und Leben. Dafür müssen wir Unterrichtsausfälle vermeiden, indem wir die mobile bzw. integrierten Reserven aufstocken, flexible Lösungen für Lehrkräfte, die z.B. stundenweise während der Elternzeit unterrichten wollen, bereithalten, Angebote der Nachqualifizierung für Lehrämter anderer Schularten schaffen und schulartübergreifenden Einsatz von Lehrkräften ermöglichen. Generell gilt: Wir wollen eine 110-prozentige Lehrkräfteversorgung an jeder Schule, damit Unterrichtsausfälle durch Krankheiten, Klassenfahrten oder Fortbildungen vor Ort aufgefangen werden können. Um allen Kindern möglichst gleiche Chancen zu ermöglichen, müssen wir den Ganztag in der Grundschule vor allem qualitativ ausbauen.

Mittel- und Realschulen bieten bereits viel Berufsorientierung an. Für das Gymnasium müssen wir jedoch dringend neue Ideen zulassen und es braucht ein pädagogisch-didaktisches Gesamtkonzept, bei dem eine profilbildende Oberstufe bereits mitgedacht wird. Dazu gehören: die Entwicklung neuer Unterrichtsformate und Fächerverbindungen sowie neue Formen des Projektlernens.

Das Gymnasium braucht Zeit und Raum für zeitgemäße naturwissenschaftliche Bildung, politische und demokratische Bildung, digitale Bildung und – für die Fachkräftesicherung besonders wichtig – integrierte Berufsorientierung.

Eine große Baustelle ist die Digitalisierung. Hier brauchen wir pädagogische Konzepte und Standards für die einzelnen Schulen. Und auch an den Grundvoraussetzungen mangelt es noch: Weder die Breitbandversorgung vieler Schulen noch deren moderne IT-Ausstattung ist sichergestellt. Die sich daran anschließende Frage der Wartung ist ebenfalls ungeklärt.

Integration ist eine Daueraufgabe. Das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, die in Bayern leben, muss umgesetzt werden, denn Bildung ist die entscheidende Voraussetzung für Integration. Zentrales Kriterium für den Schulerfolg aller Kinder und Jugendlichen ist die deutsche Sprache.

### **b) Zahl der Schul- und Studienabbrecher\*innen senken**

In Bayern verlassen immer noch fast 5% eines Jahrgangs die Schule ohne einen Abschluss der Mittelschule. Bei Schüler\*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt der Anteil bei fast 18%. Diese haben auf dem Arbeitsmarkt schlechte Chancen. Corona hat die Situation verschärft, weil Schulen nicht mehr so intensiv fördern konnten, wie sonst und Kinder außerdem kaum noch Gelegenheiten hatten, Deutsch zu sprechen.

Die frühkindliche Bildung hat einen signifikanten Effekt auf den späteren Bildungserfolg. Deshalb ist es notwendig, dass möglichst alle Kinder mit Migrationsgeschichte entsprechende Einrichtungen besuchen und dort mehr Sprachförderung stattfindet. Dafür müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Eltern zu erreichen und genügend Personal bereitzustellen, insbesondere für die Sprachförderung in der Kita.

Deutsch muss über den Anfangsunterricht hinaus für alle Kinder und Jugendlichen systematisch durch Unterricht in Deutsch als Zweitsprache, durch sprachsensiblen Unterricht in allen Fächern und über Jahre gefördert werden. Zusätzlicher Deutschunterricht und Sprachförderung werden von uns als Daueraufgabe gesehen und Lehrkräfte für Deutsch als Zweitkräfte gehören fest zum Kollegium einer Schule und dauerhaft beim Freistaat angestellt.

Um den hohen Anteil der Schulabbrecher\*innen aus bildungsfernen oder konfliktreichen Familien zu senken, können mehr internationale Lehrkräfte helfen, dass sich Kinder aus entsprechenden Familien besser entwickeln. Auch hier werden wir, durch schnellere Anerkennung von Abschlüssen, das vorhandene Potential optimal nutzen.

Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen, müssen auch mehr Mittel und Personal erhalten. Zusätzliche Fachkräfte in den Bereichen Gesundheit, Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen und Schulpsychologie, die die Lehrkräfte dabei unterstützen, helfen dabei Bildungsarmut zu verringern.

Mehr als ein Viertel der Studierenden bricht ihr Bachelorstudium ab. Die Gründe für einen Studienabbruch sind vielfältig: zu hohe Anforderungen, Geldsorgen oder mangelnde Motivation. Und vor allem das eigenständige Lernen sowie das fachliche Niveau bereiten Abbrecher\*innen große Schwierigkeiten. Hinzu kommen die zum Teil schlecht organisierte Lehre und schlecht ausgestattete Hochschulen.

Einem vorzeitigen Studienabbruch kann z.B. entgegengewirkt werden, indem bereits in der Schule Maßnahmen ergriffen werden, mehr Vorpraktika angeboten und gefordert werden und durch Beratung, Begleitung und Kontrolle Erstsemesterstudierenden beim Studieneingang geholfen wird. Gleichzeitig werden wir die Lehre und Ausstattung der Hochschulen deutlich verbessert.

Sollte sich jemand trotz aller Bemühungen gegen ein weiteres Studium entscheiden, dann darf der Studienabbruch nicht als Stigma begriffen werden. Wir unterstützen die Jugendlichen dabei z.B. den Weg in eine duale Ausbildung zu finden.

### **c) Übergang Schule Beruf verbessern**

Im Verhältnis entscheiden sich immer mehr Jugendliche gegen eine Berufsausbildung. In vielen Berufen, ganzen Branchen und einigen Regionen Bayerns fehlen Auszubildende. Allein im November 2021 waren ca. 15.000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Deshalb muss die Berufsorientierung – mit Pflichtpraktika, berufspraktischen Inhalten und Beratung für den Weg zur Ausbildung – an allen Schularten ab der 7. Klasse fest verankert werden. Die Berufsorientierung muss stärker an den individuellen Neigungen und Interessen der Jugendlichen ansetzen und die verschiedenen Berufe für Jugendliche erlebbar machen.

Weiter wollen wir eine Kampagne für Ausbildungsberufe an allen Schulformen starten, die sich sowohl an junge Menschen als auch ihre Eltern richtet.

Insbesondere junge Menschen, die aus Mittel- und Förderschulen kommen und zum Teil vorbelastet mit psychischen oder chronischen Erkrankungen sind, die Behinderungen haben, benötigen besondere Unterstützung. Wir werden die in Bayern erfolgreiche Berufseinstiegsbegleitung für besonders förderbedürftige junge Menschen wieder einführen und eine nachhaltige Fortführung des Projektes sichern.

Wir bauen Pilot-Projekte der Mentoring-Begleitung für den Übergang von Schule in den Beruf zu flächendeckenden Angeboten aus.

Allen Jugendlichen soll gleichermaßen ein breites Spektrum beruflicher Tätigkeiten nahegebracht werden. Dies schließt ausdrücklich neue Ausbildungsberufe aus der digitalen Welt mit ein. Die überholten Vorstellungen der Potenziale von „Frauen“ und „Männern“ dürfen nicht länger zum Tragen kommen.

### **d) Duale Ausbildung stärken**

Auf der einen Seite gilt es, die Ausbildungsordnungen an die Veränderungen der technologischen Welt anzupassen und auf der anderen Seite die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen (wie zum Beispiel Klimawandel, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit) entsprechend zu berücksichtigen. Zudem muss Englisch in der Ausbildung eine größere Rolle spielen, auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wird die berufliche Bildung nicht deutlich gestärkt, wird dies erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Deshalb muss beruflichen Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten ein ausreichender Etat für Ausstattung und Fortbildung zugewiesen werden. Eine optimale Ausstattung ist das A und O für einen modernen Unterricht. Es muss gewährleistet werden, dass die technische Ausstattung in den beruflichen Schulen ähnlich ist wie in den Betrieben. Die Versorgung der beruflichen Schulen mit ausreichenden Lehrkräften ist außerdem essenziell, um den Unterricht sicher zu stellen.

Im Schnitt sind die Berufsschulen in Bayern nur zu 97% (ohne Krankheiten, Schwangerschaften, etc.) mit Personal versorgt. Das führt dazu, dass viele berufliche Schulen nicht über genügend Lehrkräfte verfügen, um den Kernunterricht abzudecken. Hier streben wir, wie bei den allgemeinbildenden Schulen, eine Versorgung mit 110% Personal an.

Die Lehrkräfte müssen außerdem in ihrem Know-how anschlussfähig bleiben. Lehrkräfte der beruflichen Schulen müssen in die Lage gebracht werden, passgenaue Schulungen zu belegen. Regelmäßige Betriebspraktika begrüßen wir, diese sollen weiter ausgebaut werden. Die Umweltbeauftragten an den beruflichen Schulen müssen weiter etabliert und gestärkt werden. Den Themenkomplex Nachhaltigkeit wollen wir auch in den Abschlussprüfungen weiter ausbauen.

Die akademische und berufliche Bildung muss besser verzahnt und die Durchlässigkeit nach beiden Seiten verbessert werden. Eine Anrechnung der Berufsausbildung in konsekutiven Studiengängen muss möglich sein. Duale und triale Studiengänge sollen ausgeweitet werden.

Es zeigt sich, dass ein erheblicher Teil der Jugendlichen, die eine Ausbildung abbrechen, danach keine zweite Ausbildung mehr aufnimmt. Auch hier setzen wir an und werden (Mentoring-)Projekte anbieten sowie weitere Instrumente entwickeln, die diesen Jugendlichen den Weg in eine zweite Ausbildung ebnen.

Zusätzlich müssen junge Menschen aus dem Ausland stärker als bisher nicht nur für ein Studium, sondern auch für eine Ausbildung in Deutschland gewonnen werden.

#### **e) Hochschulausbildung finanziell sichern und Durchlässigkeit erhöhen**

Eine wichtige Rolle in der Ausbildung der Nachwuchskräfte spielen neben der dualen Ausbildung, auch die Hochschulen. Sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse im Rahmen des Studiums vermittelt werden und damit später auch in der Wirtschaft genutzt werden können.

Leider sind die bayerischen Hochschulen seit Jahren strukturell unterfinanziert. Ihnen fehlen damit die Freiräume zu einer nachhaltigen Personalplanung des wissenschaftlichen Personals. Die prekären Arbeitsbedingungen vor allem im wissenschaftlichen Mittelbau sind keine solide Basis dafür, dass Studium und Lehre gut funktionieren. Vielmehr werden die Hochschulen dadurch von der Einwerbung von Drittmitteln immer mehr abhängig. Bröckelnde Hochschulbauten bieten keine gute Infrastruktur, in der die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden. Den Sanierungsstau im Hochschulbau von über 5 Milliarden Euro werden wir deswegen dringend beseitigen.

Die Lehre muss ihren Stellenwert als gleichwertige Aufgabe neben der Forschung an den Hochschulen wieder erhalten. Die Errichtung massenhaft neuer Forschungsprofessuren lehnen wir ab, da sie die Einheit von Forschung und Lehre aufweicht.

Zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie wollen wir ein Recht auf Teilzeitstudium verankern. Das würde auch zu einer besseren Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Studium führen, da ein berufsbegleitendes Studium somit viel einfacher realisierbar wird.

Wir fordern eine Flexibilisierung der Vorabquoten bei zulassungsbeschränkten Studiengängen. So sollen die Hochschulen selbst im gesetzlich vorgesehenen Rahmen festlegen dürfen, welchen Bedarf sie für eine Zulassung Studieninteressierter bereits im Vorfeld eines Auswahlverfahrens sehen. Die mögliche Quote soll dabei höher sein als bisher maximal zulässig.

Wir wollen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Studierende ohne den klassischen Hochschulzugang und aus Nicht-Akademikerfamilien verbessern. Dazu gehören z.B. Studieneignungstests, die ein sinnvolles Instrument sind, realistische Erwartungen an einen Studiengang herzustellen. Sie sollen Orientierung geben, jedoch nicht Zulassungsvoraussetzung für einen Studiengang sein.

Wir wollen ein Qualitäts- und Nachhaltigkeitsmanagement einführen, auch für Studium und Lehre. Dieses soll die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungswegen berücksichtigen und eine Studienverlaufserhebung ermöglichen. So können Bildungsbiografien, Studienabbrüche und die Gründe dafür evaluiert und zukünftig zielgerichteter verhindert werden.

#### **f) Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

In Bayern gibt es zwar genügend Ausbildungsplätze und zahlreiche Betriebe mit Nachwuchssorgen, jedoch funktioniert die Vermittlung von Azubis an Unternehmen häufig nicht. Besonders sozialbenachteiligte Jugendliche, aber auch zugewanderte Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen haben Schwierigkeiten beim Übergang in eine Ausbildung und beim (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt.

Jede\*r bayerische Jugendliche soll direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Es darf sich nicht an der wirtschaftlichen Situation entscheiden, ob junge Menschen den Schritt in die Berufswelt und damit in ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben schaffen – auch Geschlecht, regionale oder soziale Herkunft dürfen hier keine Rolle spielen. Deshalb setzen wir uns für eine Ausbildungsgarantie ein. Auch, weil es immer noch viele offene Ausbildungsstellen gibt und trotzdem Jugendliche leer ausgehen.

Die Ausbildungsgarantie soll allen jungen Menschen, unabhängig von sozialer oder regionaler Herkunft, aufenthaltsrechtlichem Status oder konjunkturellen Schwankungen den Einstieg in den Beruf ermöglichen. Jugendliche, die zum Beginn des Ausbildungsjahres entgegen ihrem Wunsch noch nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen, sollen verbindliche Angebote für eine betriebsnahe Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte, die direkt zu einem anerkannten Berufsabschluss führt, erhalten. Zudem sollen die Möglichkeiten in diesem Bereich für Teilzeitausbildung und assistierte Ausbildung in Bayern ausgebaut und diese insbesondere auch für landesrechtlich verfasste Ausbildungswege (z.B. Kinderpflege, Pflegefachhelfer\*in, Altenpflegehelfer\*in) geöffnet werden.

#### **g) Teilzeitausbildungen ermöglichen**

Manchmal braucht es zum erfolgreichen Abschluss mehr als einen geschlossenen Ausbildungsvertrag. Unser Ziel ist es deshalb, auch jungen Erwachsenen unter erschwerten Umständen und besonderen Lebenslagen, z.B. bei der Geburt eines Kindes oder der Pflege von Angehörigen, einen erfolgreichen Berufsstart zu ermöglichen. Hier spielt die Teilzeitausbildung eine entscheidende Rolle. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau von Teilzeitausbildungen in Bayern ein. Wir wollen das Nischen-Dasein der Teilzeitausbildung beenden und insbesondere Alleinerziehenden, jungen Familien mit Kindern und pflegenden Angehörigen die Teilzeitausbildung als wichtiges Angebot zur (nachholenden) Berufsausbildung ermöglichen. Auch Menschen, denen aus anderen, beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen, eine Ausbildung in Vollzeit nicht möglich ist, können so einen Weg in den qualifizierten Arbeitsmarkt finden.

## **h) Jugendberufsagenturen stärken**

Jugendberufsagenturen sind örtliche Kooperations- und Vernetzungsprojekte, die darauf abzielen, jungen Menschen unter 25-Jahren den Einstieg in Ausbildung und Arbeit zu erleichtern, indem sie regionale Netzwerke bilden. Diese Netzwerke können die Stadt- und Landkreisgrenzen übersteigen und dadurch noch bedarfsgerechter vermitteln. Sie helfen jungen Menschen und unterstützen dabei auch Arbeitgeber\*innen bei der Suche nach (zukünftigen) Fachkräften. Gleichzeitig leisten sie einen Beitrag dazu, den Sozialraum zu stärken und bekämpfen Armut. Wir wollen die Jugendberufsagenturen stärken, damit Berufsberater\*innen ihre Palette an Informationsmöglichkeiten in Form von persönlichen Gesprächen oder in Veranstaltungen über Berufe und Ausbildung informieren sowie Fragen rund um die Ausbildung, Bewerbungen oder Praktika beantworten können. Dazu gehören z.B. Speeddatings zwischen Jugendlichen und Arbeitgeber\*innen oder Messeveranstaltungen von Arbeits- und Jugendberufsagenturen.

## **2. Inländische Erwerbspersonen stärken**

### **a) Weiterbildungsangebote verbessern und Zertifizierung ausbauen**

Weiterbildung und der daraus resultierende Wissen- und Kreativitätszuwachs helfen Beschäftigten und Unternehmen gleichermaßen – deshalb braucht auch Bayern einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmer\*innen. Neben Sachsen ist Bayern das einzige Bundesland, das den Angestellten eine solche Weiterbildung verweigert. Beschäftigte sollen bezahlte Freistellung zum Zwecke der beruflichen, der allgemeinen, der politischen Bildung und der Bildung für das Ehrenamt bekommen. Diese sollen dabei frei wählen können, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen wollen und dafür jedes Jahr fünf bzw. zehn Tage in zwei Jahren nutzen können.

Mit dem Aufstiegs-Bafög (AFBG) werden Fortbildungsabschlüsse zur Handwerks- und Industrie-meister\*in, Erzieher\*in, Techniker\*in, Fachkaufmann/-frau, Betriebswirt\*in oder eine andere von mehr als 700 vergleichbaren Qualifikationen gefördert. Um dieses persönlich motivierte lebensbegleitende Lernen weiter zu unterstützen, wird die Ampel-Regierung das Aufstiegs-BAföG auf Bundesebene ausbauen. Wir werden weiter den Unterhaltsbeitrag aus dem AFBG für Teilzeitfortbildungen öffnen, fördern Weiterbildungen auch auf der gleichen Stufe des Deutschen Qualifikationsrahmens und werden ebenfalls eine zweite vollqualifizierte Ausbildung damit fördern. Fördersätze und Freibeträge sollen deutlich erhöht werden, damit schließen wir die Förderlücken zum BAföG. Ziel ist, dass Aufstiegslehrgänge und Prüfungen mit angemessenen Preisen kostenfrei sind.

Mit einem neuen Lebenschancen-BAföG schaffen wir zusammen mit SPD und FDP im Bund ein Instrument für die selbstbestimmte Weiterbildung auch jenseits berufs- und abschlussbezogener Qualifikation für alle. Dazu wollen wir eine einfache Möglichkeit zum Bildungssparen in einem Freiraumkonto schaffen. Menschen mit geringem Einkommen erhalten hierfür jährliche Zuschüsse.

Zusätzlich sollen Nationale Online-Weiterbildungsplattform und Bildungsplattform weiterentwickelt, verzahnt und verstetigt werden. Damit wird ein übersichtlicher Zugang zu Bildungs- und Beratungsangeboten sowie Förderinstrumenten für alle, die sich beruflich weiterbilden wollen geschaffen.

Damit sich Arbeitnehmer\*innen auch weiterbilden können, ohne Angst zu haben zu müssen, in die sogenannte Teilzeitfalle zu gelangen, wollen wir Weiterbildung in Teilzeit ermöglichen. Mit einer Bildungs(teil)zeit nach österreichischem Vorbild bieten wir Beschäftigten finanzielle Unterstützung für arbeitsmarktbezogene Weiterbildung. Dies ermöglicht z.B. auch das Nachholen eines Berufsabschlusses oder eine berufliche Neuorientierung. Voraussetzung ist eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber\*in und Beschäftigten.

Und schließlich wollen wir Beschäftigte und Unternehmen verstärkt unterstützen, die in Branchen tätig sind, die besonders von Transformation und Strukturwandel betroffen sind. Mit einem ans Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld kann die Bundesagentur für Arbeit Unternehmen ermöglichen, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung im Betrieb zu halten und damit Fachkräfte zu sichern. Voraussetzung dafür sind Betriebsvereinbarungen. Gleichzeitig setzen wir Anreize für Transformationsstarifverträge. Zusätzlich soll das Transfer-Kurzarbeitergeld ausgeweitet und die Instrumente des SGB III in Transfergesellschaften weiterentwickelt werden.

### **b) Ortsnahe Bildungsagenturen als zentrale Anlaufstellen schaffen**

Wir wollen pro Landkreis mindestens eine regionale Bildungsagentur als zentrale Anlaufstelle vor Ort bei den Standorten der Bundesagentur für Arbeit schaffen – und damit staatliche Förderung und Beratung aus einer Hand sicherstellen. Die Beratung soll allen Arbeitnehmer\*innen und Unternehmer\*innen offenstehen. Auf Bundesebene sind dazu im Koalitionsvertrag die Weichen gestellt worden. Der Bundesagentur für Arbeit (BA) kommt eine stärkere Rolle bei der Qualifizierung und dazugehöriger Beratung zu. Um alle an Weiterbildung Interessierten und Betriebe zu unterstützen, schaffen wir eine Vernetzung der BA mit den regionalen Akteur\*innen und einheitliche Anlaufstellen. Dafür bauen wir die Weiterbildungsverbände aus und unterstützen den Aufbau von Weiterbildungsagenturen.

### **c) Bayerischen Arbeitsmarktfonds weiterentwickeln**

Seit 1997 unterstützt der Arbeitsmarktfonds vielfältige Projekte, die sich Problemen des bayerischen Arbeitsmarktes widmen. Zielsetzung dabei ist, eine zeitlich begrenzte Anschubfinanzierung zu leisten. Die Projekte werden dabei von einem Gremium, dem u.a. IHK, HWK, Arbeitsagentur, DGB und verschiedene Ministerien anhören, ausgewählt.

Allerdings ist seit dem Skandal um die Hypo-Alpe Adria der ursprüngliche Fondsgedanke, Projekt aus Zinslösen der Landesbank zu finanzieren weggefallen. Ausgebliebene Erträge werden seitdem durch den bayerischen Staatshaushalt kompensiert. Der Arbeitsmarktfonds ist seit 2016 Teil des regulären Budgets des Sozialministeriums. Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr nachvollziehbar, warum ein Gremium außerhalb des Landtages über Arbeitsmarktprojekte entscheiden soll. Zudem zeigt sich immer mehr, dass gerade im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes Anschubfinanzierungen nicht ausreichen, weil erfolgreiche Projekte sich aus mangelnder Finanzierung nicht eine dauerhafte Förderung überführen lassen und somit über mehrere Jahre etabliert Unterstützungsmaßnahmen gerade für Benachteiligte beendet werden müssen. Wir schaffen Projekte z.B. für Langzeitarbeitslose oder Berufsrückkehrer\*innen, die eine institutionelle und lang Förderung aus dem Staatshaushalt erhalten. Dafür wollen wir zukünftig die Mittel aus dem Arbeitsmarktfonds verwenden.

### **d) Niedrigschwellige Beratung ausbauen**

Wir brauchen für Menschen, die Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, niedrigschwellige Beratungsangebote. Besondere Unterstützung brauchen hier Langzeitarbeitslose, junge Menschen ohne Berufsausbildung, Alleinerziehende, ältere Menschen oder Migrant\*innen. In Bayern gibt es zwar viele Initiativen und einzelne Projekte, aber keine abgestimmte Gesamtkonzeption. Wir brauchen hier ein Konzept, das den verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird und das den Menschen Beratung, Unterstützung und Hilfen vor Ort aus einer Hand bietet. Ein wichtiger Baustein sollen dabei Erwerbslosenberatungszentren ähnlich wie in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen bilden.

Diese sollen als kostenlose Anlaufstellen Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen über Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten informieren, zu wirtschaftlichen und psychosozialen Situationen beraten und rechtskreisübergreifende Unterstützung bei rechtlichen Fragen gewähren.

Die Beratungszentren sollen dauerhaft finanziell abgesichert sein und nicht in Form von Projekten über ein paar Jahre z.B. durch Mittel aus dem ESF oder dem bayerischen Arbeitsmarktfonds finanziert werden.

### **e) Langzeitarbeitslose aktivieren**

Langzeitarbeitslosigkeit ist kein rein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, weil unsere Arbeitswelt nicht inklusiv ist. Und deshalb brauchen Menschen, die lange arbeitslos sind, Beratung auf Augenhöhe, individuelle Unterstützung, und das alles mit Respekt und Wertschätzung. Die bereits bestehenden vielfältigen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit wollen wir dadurch ergänzen, indem wir für Menschen in Arbeitslosigkeit und Grundsicherung vollqualifizierende Ausbildungen bei der beruflichen Weiterbildung unabhängig von ihrer Dauer fördern.

Den Vermittlungsvorrang im SGB II wollen wir im Bund abschaffen, denn die Vermittlung in Arbeit funktioniert nicht für alle in einem Schritt und auf direktem Weg. Die Förderung der Weiterbildung und Qualifizierung wollen wir stärken. Wir fördern vollqualifizierende Ausbildungen im Rahmen der beruflichen Weiterbildung unabhängig von Dauer und Grundkompetenzen, auch im Umgang mit digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien. Bürgergeldberechtigten (SGB-II Empfänger\*innen) kann im Rahmen der Teilhabevereinbarung für die Teilnahme an der Eingliederung dienenden Förder- oder Unterstützungsmaßnahmen ein befristeter Bonus (Weiterqualifizierungsbonus) gezahlt werden. Das Teilhabechancengesetz soll im Bund entfristet und weiterentwickelt werden. Begleitendes Coaching und aufsuchende Sozialarbeit werden dadurch Regelinstrumente.

Wir fordern ein Landesprogramm ähnlich dem in Baden-Württemberg, das diejenigen Menschen gezielt unterstützt, die trotz guter Konjunktur Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ähnlich wie in Baden-Württemberg sollen durch den Freistaat finanzierte Arbeitslosenberatungszentren errichtet und ein Programm zur Aktivierung von Langzeitarbeitslosen aufgelegt werden. Letzteres folgt dem Beispiel des „Passiv-Aktiv-Tausch PLUS“ aus Baden-Württemberg und verknüpft Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe.

### **f) Betriebliches Gesundheitsmanagement ausbauen**

Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention müssen in die Arbeitswelt integriert werden, denn die körperliche und psychische Beanspruchung der Beschäftigten nehmen weiter zu. Unternehmen werden mehr Anreize für Investitionen in die Gesundheit ihrer Beschäftigten bekommen. Laut aktuellem Präventionsbericht des GKV-Spitzenverbands haben, auch corona-bedingt, 2020 knapp 2 Mio. Beschäftigte (2019: 2,28 Mio.) Maßnahmen der betriebliche Gesundheitsförderung erreicht. Das sind nur etwa 6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) tun sich dabei etwas schwerer, sei es durch anfallende Kosten oder den organisatorischen Aufwand oder einfach durch fehlendes Wissen zum BGM.

Der Erhalt der Arbeitskraft muss mehr als Chance und Wettbewerbsvorteil begriffen werden. Dazu sind zielgruppendifferenzierte Informations- und Sensibilisierungskampagnen notwendig.

Auch mehr praxisorientierte Maßnahmen für Unternehmen wie z.B. Projekte ohne dafür ausgebildete Verantwortliche, Aktions- und Gesundheitstage oder Trainingsmöglichkeiten auf kleinem Raum helfen in kleineren Unternehmen, den Fokus auf das Thema Gesundheit zu lenken. Zusätzlich ist die Veröffentlichung von Best-Practice-Beispielen ein gutes Mittel, um andere KMU am Beispiel konkreter Erfahrungen und belastbarer Fakten vom Nutzen betrieblicher Gesundheitsförderung zu überzeugen. Wir werden wir auch mehr dafür werben, dass Maßnahmen zum Gesundheitsschutz steuerlich begünstigt werden.

### **g) Erwerbsbeteiligung erhöhen**

Das Potenzial einheimischer Fachkräfte wird zurzeit nur ungenügend genutzt. Dies betrifft vor allem Frauen und Ältere. Sie sind trotz guter Qualifikationen unterdurchschnittlich erwerbstätig.

#### ***Mehr Vollzeit ermöglichen***

Frauen nehmen deutlich mehr Mini-Jobs an als Männer und damit unterbezahlte Arbeit. Auch Teilzeitbeschäftigung ist ein nahezu reine Frauensache: 80% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind weiblich. Beim Beschäftigungszuwachs in den letzten zehn Jahren liegt der Teilzeitbereich mit knapp 40% deutlich über dem im Vollzeitbereich mit 12%. Bei den weiblichen Beschäftigten ist der Unterschied noch deutlicher: knapp 38% Anstieg bei der Teilzeitbeschäftigung von Frauen stehen 2,4% Wachstum in Vollzeitarbeit gegenüber.

Die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen scheitert häufig an den fehlenden Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Notwendig sind daher der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und Bildungsangebote.

#### ***Kita-Betreuung und Ganztagesbetreuung ausbauen***

Immer mehr Eltern wollen oder müssen einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen. Der Anteil erwerbstätiger Mütter mit minderjährigen Kindern stieg in den zehn Jahren zwischen 2008 und 2018 von 65,4% auf 73%, der Trend ist ungebrochen.

Zahlenmäßig fehlt es vor allem an Plätzen für Kinder unter drei Jahren und an Ganztagesplätzen für Kinder jeden Alters. Die laufenden Ausbauprogramme für den frühkindlichen Bereich reichen nicht aus, hinzu kommt in den nächsten Jahren der notwendige Ausbau der Ganztagesbildung und Betreuung für Grundschüler\*innen.

Solange die Nachfrage nach Plätzen das Angebot übersteigt und Erwerbstätigkeit der Eltern Bedingung für einen der viel zu wenigen Ganztages- oder Krippenplätze ist, werden die Kinder von arbeitssuchenden oder arbeitslosen Eltern benachteiligt. Und wenn Eltern froh sind, überhaupt einen Betreuungsplatz für ihr Kind ergattern zu können, gerät das gesetzlich verankerte Wunsch- und Wahlrecht in den Hintergrund, wird pädagogische Qualität und Passung zu den Bedürfnissen und Interessen des Kindes nachrangig.

Der Weg zur echten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum flächendeckenden, kindgerechten, pädagogisch ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Angebot an Bildung und Betreuung ist in Bayern noch lang. Ideen auf diesem Weg beinhalten eine Stärkung der sozialen und pädagogischen Berufe, Verbesserung der Rahmenbedingungen, beispielweise durch Verbesserung des Personalschlüssels und bezahlte Ausbildungsmöglichkeiten, sozialraumorientierte Förderung der Kindertageseinrichtungen und ein konsequent partizipativer Ansatz: Kinder und Jugendliche sollen dabei unterstützt werden, aktive Gestalter\*innen ihrer eigenen Lebenswelt zu sein.

Wir wollen, dass jedes Kind unter den bestmöglichen Bedingungen aufwächst und die Unterstützung bekommt, die es braucht.

### ***Pflegende Angehörige entlasten und berufliche Vereinbarkeit stärken***

Eine große Herausforderung ist ebenfalls die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Laut Pflegestatistik von 2020 leben in Bayern über 490 000 Pflegebedürftige. Über drei Viertel, rund 380 000 Pflegebedürftige, werden zu Hause versorgt. Meist erfolgt die Pflege durch pflegende Angehörige. Häufig unterstützt sie dabei ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bund machen wir uns stark für die Weiterentwicklung der Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetze, damit durch mehr Zeitsouveränität und Lohnersatzleistung den Bedürfnissen von pflegenden Angehörigen mehr Rechenschaft getragen wird. Um Familie, Pflege und Beruf besser miteinander zu vereinbaren, wollen wir zudem kommunale Unterstützungsstrukturen stärker ausbauen. Wir wollen eine bundesweit einheitliche und barrierefreie Notfall-Hotline, die kommunal betrieben wird und an die sich pflegende Angehörige wenden können, um kurzfristig und unkompliziert Hilfe vor Ort zu erhalten. Mit einem zentralen, digitalen Register wollen wir pflegenden Angehörigen die Möglichkeit bieten unkompliziert Notbetreuungsangebote, wie z.B. in Tagespflegeeinrichtungen, zu finden. Für uns ist klar: Die Unterstützung vor Ort spielt eine wesentliche Rolle, auch um pflegenden Angehörigen die notwendige Auszeit zu geben, die sie brauchen. So hat eine Befragung für den AOK Pflegereport 2020 aufgezeigt, dass sich ein Viertel der pflegenden Angehörigen zeitlich und psychisch stark belastet fühlen. Wir setzen uns deshalb weiter für einen Ausbau von Tages- und Nachtpflegeangeboten, Kurzzeitpflegeplätzen und der Verhinderungspflege ein – sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Statt dem bayerischen Landespflegegeld, das einen monatlichen Zuschuss für pflegende Angehörige vorsieht, möchten wir dieses Geld in tragfähige Pflege(infra-)strukturen investieren, die Betroffenen nachhaltige und moderne Strukturen und Unterstützung, da wo sie nötig ist, bieten.

### ***Längere Teilhabe am Berufsleben ermöglichen***

Längeres, gesünderes Arbeiten soll zu einem Schwerpunkt der Alterssicherungspolitik werden. Hierzu soll es auf Bundesebene ein Aktionsplan „Gesunde Arbeit“ ins Leben rufen sowie den Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ gestärkt werden. Die Rehabilitation soll stärker auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet und die unterschiedlichen Sozialversicherungsträger zu Kooperationsvereinbarungen verpflichtet werden. Der Zugang zu Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation soll bundesweit vereinfacht sowie das Reha-Budget bedarfsgerechter ausgestaltet werden.

Wir wollen die Flexi-Rente durch bessere Beratung in ihrer Bekanntheit verbreitern und die Regelung zum Hinzuverdienst bei vorzeitigem Rentenbezug entfristen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir in einen gesellschaftlichen Dialogprozess eintreten, wie Wünsche nach einem längeren Verbleib im Arbeitsleben einfacher verwirklicht werden können und dabei insbesondere einen flexiblen Renteneintritt nach skandinavischem Vorbild und die Situation besonders belasteter Berufsgruppen in die Diskussion mit einbeziehen.

### ***h) Bezahlbaren Wohnraum schaffen***

Die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage der Gegenwart. Mieten und Immobilienpreise haben sich in den wirtschaftsstarken Städten und Regionen Bayerns in den letzten Jahren drastisch erhöht, gleichzeitig fehlt es auf dem Land an Alternativen zum Ein- und Zweifamilienhaus. Wir wollen eine passgenaue und gut ausgestattete Wohnraumförderung, die den Trend, dass immer mehr Wohnungen aus der Bindung fallen, umkehrt. Das genossenschaftliche Wohnen als dritte Säule der Wohnraumversorgung neben Wohnen im Eigentum und zur Miete wollen wir stärker fördern.

Den Eigentumserwerb werden wir durch Darlehen, Tilgungszuschüsse und Zinsverbilligungen mit Fokus auf Innentwicklung und den Bestandserwerb unterstützen. Um die Wohneigentumsquote zu erhöhen, setzen wir uns zudem für Erleichterungen bei der Grunderwerbsteuer für den ersten selbstgenutzten Wohnraum ein. Zur Verbesserung des Wohnungsangebots für alle Wohnungssuchenden, insbesondere aber auch für Studierende, Auszubildende sowie für älteren Menschen und für pflegebedürftige oder behinderte Menschen mit und ohne Betreuungsbedarf, wollen wir Formen des gemeinschaftlichen Wohnens im Rahmen der Wohnraumförderung stärker unterstützen. Im Bereich studentisches Wohnen werden wir die Unterbringungsquote in geförderten Studierendenwohnungen erhöhen. Aber auch Auszubildende haben vielerorts in Bayern Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Im Rahmen der Wohnraumförderung wollen wir die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende in Form von Einzelappartements sowie in Wohngruppen und Wohngemeinschaften unterstützen. Eine Schlüsselrolle bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum spielen zudem die Kommunen. Sie wollen wir bekräftigen, wieder stärker selbst als Akteur auf dem Wohnungsmarkt aktiv zu werden. Gleiches gilt für Unternehmen, die wir bei der Schaffung von Mitarbeiterwohnraum beraten und unterstützen wollen.

### **3. Internationale Fachkräfte gewinnen**

#### **a) Geflüchtete Menschen besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren**

Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie bietet soziale Sicherheit, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und schafft die Voraussetzungen für gesellschaftliche Durchlässigkeit. Menschen mit Migrationsgeschichte sind ein wichtiges Fachkräftepotenzial. Um dieses auch zu nutzen, heben wir endlich Arbeitsverbote für Flüchtlinge auf, schieben Flüchtlinge nicht aus der Arbeit oder Ausbildung und geben damit den Unternehmen Sicherheit. Dafür werden wir auf Bundesebene das komplizierte System der Duldungstatbestände ordnen und neue Chancen für Menschen schaffen, die bereits ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Gut integrierte Jugendliche sollen nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr die Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen. Besondere Integrationsleistungen von Geduldeten würdigen wir, indem wir nach sechs bzw. vier Jahren bei Familien ein Bleiberecht eröffnen.

Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht entgegen: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen.

Wir wollen Geduldeten in der Ausbildung und ihren Betrieben mehr Rechtssicherheit durch eine Aufenthaltserlaubnis verleihen. Die Beschäftigungsduldung soll entfristet und Anforderungen realistisch und praxistauglicher gefasst werden. Arbeitsverbote für bereits in Deutschland Lebende werden abgeschafft.

Für eine schnelle und nachhaltige Arbeitsmarktintegration werden die auf den Integrationskursen aufbauenden Berufssprachkurse stärker fördern und die Mittel verstetigen.

Zusätzlich soll die Einstiegsqualifizierung, die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und Verbundausbildungen ausgebaut und für Geflüchtete geöffnet werden.

## **b) Anerkennung von internationalen Abschlüssen verbessern**

Hier braucht es insbesondere frühzeitige Informationen und gezielte Ansprache zu den Möglichkeiten der Anerkennung – auch der Arbeitgeber\*innen. Die Praxis zeigt auch heute, dass nicht alle Anerkennungsstellen über die erforderlichen Kompetenzen zur Bewertung von Abschlüssen verfügen, gerade in den Fällen, in denen unterschiedliche Voraussetzungen (Ausbildung / Studium) für die Ausübung eines Berufs gegeben sind. Im Bund werden wir schnellstmöglich die Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland absenken, Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.

## **c) Zuwanderung erleichtern**

Damit qualifizierte Erwerbstätige aus nicht EU-Staaten schneller zuwandern können, werden wir die Visavergabe beschleunigen und verstärkt digitalisieren. Auch um transnationale Arbeitsmigration zu ermöglichen, wollen wir, dass Aufenthaltsgenehmigungen nicht bei vorübergehenden Auslandsaufenthalten erlöschen. Wir streben ein in sich stimmiges, widerspruchsfreies Einwanderungsrecht an, das anwenderfreundlich und systematisiert idealerweise in einem Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetzbuch zusammengefasst wird.

Neben dem bestehenden Einwanderungsrecht werden wir mit der Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eine zweite Säule etablieren, um Arbeitskräften zur Jobsuche den gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Blue Card soll im nationalen Recht auf nicht-akademische Berufe ausweitert werden. Voraussetzung wird ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen sein.

Um neue Potenziale für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu erschließen, wollen wir, dass Menschen aus anderen Ländern in unserem Land leichter studieren oder eine Ausbildung machen können. Im Ausbildungsmarkt wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte mit einer Förderinitiative stärken.

Gezielte Weiterbildung und Qualifizierung über Landesprogramme sollen dazu beitragen, Migrant\*innen Perspektiven zu eröffnen und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

## **d) Bleibeperspektive für Zugewanderte in Bayern und Deutschland**

Eine aktuelle BIBB-Studie zeigt, dass nur etwa jede zweite zuwandernde Person langfristig in Deutschland bleibt. Menschen, die sich in Deutschland und Bayern nicht willkommen fühlen bzw. integriert sind, werden, sobald sich die Möglichkeit ergibt, das Land wieder verlassen. Seien das Arbeitskräfte aus dem europäischen oder außereuropäischen Ausland. Einen positiven Effekt, das wird in der Studie des BIBB auch deutlich, spielt die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, da sich damit die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten von Migrant\*innen erhöhen würden. Vor allem mehr Menschen aus EU-Staaten würden so langfristig in Deutschland bleiben. Weitere Bausteine, um der Abwanderung entgegenzuwirken, sind z.B. ein garantiertes Bleiberecht nach der Ausbildung oder ein intensiveres Werben um internationale Absolvent\*innen von deutschen Hochschulen.

## **e) Regionale Beratungsstellen zur Fachkräftegewinnung schaffen**

Um bayerischen Unternehmen und Fachkräften aus dem Ausland den Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wollen wir landesweit Beratungsstellen schaffen, wo alle Fragen um die Zuwanderung schnell und unbürokratisch beantwortet werden können.

Diese „One-Stop-Shops“ sollen Unternehmen beraten und unterstützen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften im Ausland, bei rechtlichen Belangen und notwendigen Unterlagen für Einreise und Aufenthalt. Für Menschen, die sich für Bayern als ihren neuen Arbeits- und Lebensmittelpunkt entschieden haben, sollen diese Welcome-Center als erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um ihr neues Leben in Bayern dienen. Hier sollen sie Hilfen und Beratung bekommen hinsichtlich aller aufenthaltsrelevanten Fragen, bei der Wohnungssuche, bei Kitaplätzen und Schule. Sie sollen den Menschen vermitteln, dass sie Willkommen sind und ihnen dabei helfen, sich in Bayern gut zu integrieren.

*Mit diesem Maßnahmenbündel stellen wir die Weichen dafür, dass der Wirtschaftsstandort Bayern auch zukünftig erfolgreich ist, die vielfältigen Fähigkeiten der Menschen, die hier leben und arbeiten, für den Arbeitsmarkt erschlossen und weiterentwickelt werden und gleichzeitig ihren individuellen Bedürfnissen Rechnung getragen wird.*



Stand: Mai 2022



## **KONTAKT:**

**Eva Lettenbauer, MdL**

Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, Frauen und Jugend

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel. 089 4126-2733

[eva.lettenbauer@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:eva.lettenbauer@gruene-fraktion-bayern.de)

[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)